zug nach der Grabstätte in Bewegung. Die Blumendekoration des Sarges war in den dänischen Landesfarben gehalten. Von zahlreichen Reichstags-Abgeordneten, u. a. dem Präsidenten Grafen Ballestrem, gingen bei der Familie Beileidsschreiben ein.

Magdeburg. (Priv.-Tel.) Ein hiesiger Provinzial-Steuersekretär wurde unter dem Verdachte verhaftet, bedeutende Summen für Rechnung der Erbschaftssteuer **unterschlagen** zu haben.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Der **Dachdeckerstreik**, der mehrere Wochen dauerte, ist jetzt beigelegt. Es wurde ein Minimalstundenlohn von 55 Pfg., 9½stündige Arbeitszeit im Sommer und 8stündige im Winter vereinbart.

Frankfurt a. M. Wie der „Frankf. Ztg." aus Newyork gemeldet wird, ist unter den westlichen Bahngesellschaften ein **Frachtkrieg**, namentlich in bezug auf Getreide, ausgebrochen.

Sömmerda. In der Munitionsfabrik von Dreyse u. Collenbusch erfolgte gestern abend aus bisher unaufgeklärter Ursache eine schwere **Explosion**. Eine in der Fabrik beschäftigte Frau wurde getötet, eine Anzahl Arbeiterinnen verletzt. Der Luftdruck war so stark, daß die Fenster der benachbarten Gebäude eingedrückt wurden.

Budapest. Die hiesigen **Bäckergehilfen** haben erklärt, sich dem Mühlenarbeiterstreik anschließen zu wollen, falls bis Montag die Mühlenbesitzer die Forderungen der Mühlenarbeiter nicht bewilligen.

Paris. (Priv.-Tel.) In einem Leitartikel sucht heute das „Journal" darzulegen, daß Deutschland es gewesen sei, das den **Besuch der englischen Flotte** in den russischen Häfen zu hintertreiben gewußt habe, und zwar aus dem Grunde, weil Deutschland befürchtete, England könnte in Rußland einen Einfluß gewinnen, der später der Absicht des Berliner Kabinetts, mit Oesterreich zusammen in Rußland zu intervenieren, eventuell im Wege stehen würde. Dann meint das Blatt weiter, daß die jüngste Rede des englischen Premiers in London, wobei er den Ausspruch tat: „Die Duma ist tot! Hoch die Duma!" im Namen des offiziellen Englands gehalten wurde und eine Drohung gegen Deutschland bedeutet habe, falls es wagen sollte, in Rußland zu intervenieren.

Paris. (Priv.-Tel.) Die Bildung **freireligiöser**, von Rom und den französischen Bischöfen unabhängiger **Gemeinden** macht erhebliche Fortschritte. Dieser vom Kirchenvorstand Meillon geschaffenen Organisation haben sich bisher etwa 30, meist bäuerliche Gemeinden angeschlossen.

Rotterdam. (Priv.-Tel.) Der „Nieuve Rotterdamsch Courant" tritt in einem sehr heftigen, „Internationale Unangezogenheit" überschriebenen Artikel der Meldung entgegen, daß das Ministerium mit der **Thronfolge** sich befaßt habe. Sofort nach der Enttäuschung, die die Königin erfahren habe, sollen die Minister zusammengekommen sein und sich entschlossen haben, den Kammern eine Vorlage zur Ordnung der Angelegenheit zu unterbreiten. Das sei Unsinn. Wenn es ein solches Gesetz nicht schon gegeben hätte, wäre die Regierung sogar bei einem sofortigen Zusammentritt nicht sehr auf dem Platze gewesen. Man sollte das für das holländische Volk und den holländischen Hof sehr traurige Ereignis mit möglichst wenigen Worten kommentieren.

Antwerpen. (Priv.-Tel.) Ein **französisches Kriegsschiff** wird im Laufe des nächsten Monats den hiesigen Hafen besuchen. Die Offiziere des Schiffes werden von König Leopold im Brüsseler Palast empfangen werden.

London. Unterhaus. Das Haus setzt die Beratung des **Marinebudgets** beim Kapitel Neubauten fort. Unterstaatssekretär Robertson macht Mitteilung von den Absichten der Regierung hinsichtlich des neuen Flottenbauprogramms. Er erinnert daran, daß das ursprüngliche Programm vier Panzerschiffe, fünf Hochseetorpedobootzerstörer, zwölf Küstentorpedobootzerstörer und 12 Unterseeboote vorsah und daß beabsichtigt war, die 4 Panzerschiffe nach dem „Dreadnought"-Typ zu bauen. Dieses Programm sei im November aufgestellt und seitdem sorgfältig geprüft worden. Es sei die einstimmige Ueberzeugung der Admiralität, daß es in folgender Weise einzuschränken sei: Statt vier Panzerschiffen der „Dreadnought"-Klasse sollten nur drei gebaut werden, statt fünf Hochseetorpedobootzerstörern nur zwei und anstatt zwölf Unterseebooten nur acht. Die Zahl der Küstentorpedobootzerstörer solle unverändert bleiben. Die Gesamtausgabe hätte nach dem früheren Programm 9 340 000 Pfund Sterling betragen, während sie sich nach dem neuen Programm auf 6 800 000 Pfund Sterling stellt. (Beifall bei den Ministeriellen.) Der Voranschlag werde in diesem Jahre durch diese Einschränkung nicht so vorteilhaft beeinflußt werden, aber im nächsten Jahre werde der Voranschlag um etwa 1½ Millionen Pfund Sterling verringert werden. Nachdem der Unterstaatssekretär auf die Haager Konferenz, die Erklärungen Sir Edward Greys und die im Unterhause zu dieser Frage angenommene Resolution bezug genommen, sagt er, daß alle diese Dinge der Regierung und der Admiralität vor Augen geschwebt hätten. Die Regierung wolle in den Jahren 1907 und 1908, anstatt mit dem Bau von vier Panzerschiffen zu beginnen, wie ursprünglich beabsichtigt war, deren nur zwei auf den in Aussicht genommenen Voranschlag setzen, dabei aber vorbehalten, daß ein drittes erbaut werden solle, wenn die Haager Konferenz zu keinem Ergebnis bezüglich einer Einschränkung der Rüstungen führen sollte. Auf diese Weise betone die englische Regierung, daß sie von aufrichtigen Absichten beseelt sei, und den Wunsch habe, die Rüstungen zu vermindern. (Beifall.) Der Unterstaatssekretär bespricht zum Schluß die Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten, die in der Admiralität bezüglich der geplanten Verringerung für Aufwendungen für Flottenzwecke bestehen sollen. Die Marine-Sachverständigen dieser Behörde, erklärt er, hätten die Ausführung des abgeänderten Programms empfohlen. (Beifall bei den Ministeriellen.) Die Prüfung der allgemeinen internationalen Flottenverhältnisse habe sie überzeugt, daß das Gleichgewicht der Machtverhältnisse zur See durch die Verminderung nicht werde erschüttert werden. Es sei Grund vorhanden, zu glauben, daß jener Fortschritt in den neuen Flottenbau-Programmen der fremden Mächte nicht eingetreten sei, den die Admiralität vorausgesetzt habe, als sie das ursprüngliche Programm aufstellte.

London. (Priv.-Tel.) Der kommandierende Admiral der englischen Mittelmeerflotte, Lord **Charles Beresford**, beabsichtigt, einer Meldung der „Tribuna" zufolge, wegen unüberwindlicher grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Chef der Admiralität, Lord Cawdor, von seinem Posten zurückzutreten, und soll durch den Vizeadmiral **Curzon Howe** ersetzt werden. Lord Beresford gilt für einen der fähigsten britischen Admirale und ist bei weitem der volkstümlichste. Er steht im Alter von erst 60 Jahren. Admiral Curzon Howe ist etwas jünger und führt gegenwärtig den Oberbefehl über die Kanalflotte.

London. Das „Reuterische Bureau" meldet aus Gaza unterm 25. Juli: Die türkisch-ägyptischen Kommissare zur Feststellung der **Grenze** reisen noch bei Rafah. Die türkischen Delegierten wollen nichts davon wissen, daß die Pforte früher in die Zeichnung einer geraden Grenzlinie von El Akaba nach El Arisch, als der Basis der Grenzberichtigung, eingewilligt habe und wünschten die Grenze, wie sie nach dem Zeugnis der Beduinen überliefert sei, festzustellen.

Bukarest. (Priv.-Tel.) In der rumänischen Stadt Roman an der Moldau wütete eine große **Feuersbrunst**. Gestern ist der Brand ausgebrochen, der die ganze Nacht wütete, heute noch fortdauert und ganze Häuserreihen eingeäschert hat. Zahlreiche Kinder werden vermißt, die in der Aufregung vergessen wurden und jedenfalls in den Flammen umgekommen sind.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 200,80. Diskonto 189,30. Dresdner Bank 157,25. Staatsbahn —,—. Lombarden 33,80. Bauerhütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Behauptet. (August-Kurse.)

Paris. (3 Uhr nachm.) Rente 94,92½. Italiener 102,27½. Spanier 85,67. Neue Portugiesen 70,15. Türken (unifik. Anleihe) 86,22½. Türkenlose 140,75. Ottomanbank 645,—. Staatsbahn —,—. Lombarden 113,—. Sehr fest.

Paris. Productenmarkt. Weizen per Juli 23,70, per Sept.-Dezbr. 22,15, fest. Getreide per Juli 44,75, per Januar-April 39,75, stetig. Rüböl per Juli 64,75, per Januar-April 66,50, fest.

Bremen. (Getreidemarkt. Amtlicher Weizen geringer Nachfrage bei unverändert. Preisen, englischer Weizen weniger angeboten. Amerikanischer Mais ruhig, aber fest, Donauer Mais ruhig, aber teurer. Amerikanisches Mehl ruhig, englisches Mehl ruhig. Gerste fest. Hafer fest.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** wird folgenden Besichtigungen und größeren Truppenübungen beiwohnen: Am 17. August der Regimentsbesichtigung des 139. Infanterie-Regiments (Döbeln) auf dem Truppenübungsplatz Zeithain; am 3. September der Besichtigung der beim VI. Preuß. Armeekorps zu formierenden Kavalleriedivision B bei Wohlau, Regierungsbezirk Breslau; am 5. September der Besichtigung der 48. Infanterie-Brigade (Infanterie-Regimenter Nr. 106 und Nr. 107 in Leipzig) in Zeithain; am 6. September der Besichtigung der 46. Infanterie-Brigade (Infanterie-Regimenter Nr. 102 und Nr. 177) im Manövergelände der 23. Division bei Zittau; vom 7. bis 13. September den Kaisermanövern in der Provinz Schlesien; vom 17. bis 19. September den Korpsmanövern des XIX. Armeekorps bei Oschatz und vom 20. bis 22. September den Korpsmanövern des XII. Armeekorps bei Herrnhut. Während der Korpsmanöver vom 20. bis 22. September wird der Monarch in Zittau im Hotel Reichshof Wohnung nehmen. Die am 3. September durch den Generalinspekteur der Kavallerie General der Kavallerie Edlen v. d. Planitz zu besichtigende Kavallerie-Division B wird aus folgenden Truppenteilen zusammengesetzt sein: a) Sächsische Truppen. Stab der 23. Kavallerie-Brigade (Dresden); 17. Ulanen-Regiment (Oschatz); 21. Ulanen-Regiment (Chemnitz); 12. Maschinengewehr-Abteilung (Dresden). b) Preußische Truppen. Stab der 4. Gardekavallerie-Brigade (Potsdam) Leibgardehusaren-Regiment Potsdam; 2. Gardeulanenregiment (Berlin); Stab der 11. Kavallerie-Brigade (Breslau); Leibkürassier-Regiment „Großer Kurfürst" (Schlesisches) Nr. 1 (Breslau); Dragoner-Regiment „König Friedrich III." (2. Schlesisches) Nr. 8 (Oels); Reitende Abteilung 5. Feldartillerie-Regiments; 8. Maschinengewehr-Abteilung (Oels); eine Abteilung des 6. Pionier-Bataillons (Neiße). — Für die **Kaisermanöver** vom 7. bis 13. September gilt folgende Zeiteinteilung: 7. September Parade des VI. Armeekorps und der Kavallerie-Division B; 9. September Feldgottesdienst in Breslau; 10. September Kriegsmarsch und vom 11. bis 13. September Feldmanöver des verstärkten VI. Armeekorps und der Kavallerie-Division B gegen das III. und V. Armeekorps. Der großen Parade am 7. September werden auch die kommandierenden Generale des XII. und XIX. Armeekorps, General der Kavallerie v. Broizem und General der Infanterie Graf Vitzthum v. Eckstädt, beiwohnen.

— Den in den Ruhestand versetzten nachgenannten Beamten der Staatseisenbahn-Verwaltung: Lokomotivführer 1. Klasse **Schurig** in Hof, Oberschaffner **Freund** in Großenhain und Bodenmeister **Hartung** gen. Eckhardt in Reichenbach i. V. ist das Albrechtskreuz, Schaffner **Fröhner** in Limbach, Bahnwärtern **Milker** in Gera und **Wildenhain** in Altenhain sowie Weichenwärtern 2. Klasse **Hähnel** in Grünhainichen und **Topstedt** in Marienberg das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Der Privatdozent an der theologischen Fakultät in Leipzig, Herr Lic. theol. et Dr. phil. Johannes **Leipoldt**, wird mit Ende dieses Semesters die venia legendi an der Universität aufgeben, um sich an der Universität Halle zu habilitieren.

— König Friedrich August hat genehmigt, daß der Geheim-Kämmerierer **Manisch** das goldene Verdienstkreuz des Großherzogl. Weimarischen Hausordens annehme und trage.

— Am 26. dieses Monats verschied in Bad Reichenhall, wo er zur Kur weilte, der Vorstand der Eisenbahnbetriebs-Direktion Zwickau Herr Oberbaurat **Max Rudolf Hempel**. Die Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen widmet dem Entschlafenen einen warmempfundenen Nachruf, in dem es heißt: Die Staatseisenbahn-Verwaltung beklagt tief den frühen Heimgang dieses während einer 33jährigen Dienstzeit in allen Stellungen beim Bau und beim Betriebe der Staatseisenbahnen gleich bewährten Oberbeamten, der sich als Vorstand des Direktionsbezirks Zwickau in den letzten 7 Jahren ebenso der Anerkennung und des Vertrauens seiner Vorgesetzten, wie der Achtung und Liebe seiner zahlreichen Untergebenen erfreute.

— In seiner Villa in Wachwitz ist gestern morgen der privatisierende Kaufmann Herr Ernst **Moritz Hartung** im Alter von 61 Jahren plötzlich infolge Herzschlags verschieden. Der Verstorbene war der Gründer und Seniorchef der bekannten hiesigen Firma Moritz Hartung, Königlicher und Prinzlicher Hoflieferant, Waisenhausstraße 19 und Hauptstraße 36. Im Jahre 1870 gründete der Entschlafene das Geschäft — Garn-, Seiden-, Band- und Posamentenbranche — auf der Hauptstraße. Aus kleinen Anfängen hervorgegangen, gelang es bald dem rastlos strebenden Manne, ein zweites Geschäft in der Mitte der Altstadt und zwar auf dem Altmarkte zu eröffnen. Dieses war ursprünglich nur als Filiale gedacht, doch nahm es mit der Zeit, infolge seines geschäftlichen Aufschwunges, bald die Hauptstellung ein. Im Jahre 1895 nach Fertigstellung des Häuserblocks auf der jetzigen Ringstraße, übersiedelte die Firma vom Altmarkte nach ihren jetzigen Geschäftsräumen, und hier erfuhr das Geschäft in den letzten zehn Jahren bedeutende Vergrößerung, sodaß es heute eins der größten in dieser Branche am Platze ist. Vor einigen Jahren zog sich der Verstorbene infolge Kränklichkeit vom Geschäft zurück und überließ die Führung den bewährten Händen seines Sohnes und seines Schwiegersohnes.

— In den vom 1. August an gültigen Bestimmungen des Reichsstempelgesetzes über die **Besteuerung der Personenfahrkarten** ist u. a. gesagt, daß dann, wenn eine Fahrkarte (Fahrscheinheft) zum Teil zur Benutzung einer niedrigeren, zum Teil zur Benutzung einer höheren Wagenklasse berechtigt, derjenige Stempelbetrag zu entrichten ist, der sich für die höhere Wagenklasse innerhalb des Reichsgebietes ergibt. Diese Bestimmung hat namentlich für zusammenstellbare Fahrscheinhefte des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen Bedeutung, denn nach den einschlagenden Bestimmungen über solche Hefte können in ein Heft Scheine verschiedener Wagenklassen aufgenommen werden. Wenn also für das deutsche Reichsgebiet ein Schein auf eine höhere Klasse lautet, als die anderen Scheine, so muß von dem auf die ganze deutsche Reisestrecke entfallenden Fahrgeld derjenige Stempelbetrag gezahlt werden, der sich für die höhere Klasse ergibt. Es wird deshalb in gewissen Fällen vorzuziehen sein, für die Strecke, die man in der höheren Klasse benutzen will, einen Schein der niedrigeren Klasse zu bestellen und zum Uebergang in die höhere Klasse eine Zuschlagskarte zu lösen. Wenn die zur Fahrt in einer höheren Klasse berechtigenden Scheine nur auf außerdeutsche Strecken lauten, so wird lediglich der Steuersatz für die niedrigere Klasse angewendet.

— In einem Artikel über **Sachsens politische Parteien** und die **wirtschaftlichen Interessenvereinigungen** führt das „Vaterland", nachdem zunächst die Stellung des Linksliberalismus und der Sozialdemokratie gegenüber den wirtschaftlichen Interessenverbänden eingehend beleuchtet worden ist, u. a. aus: Man sieht also, daß radikale Liberale und Sozialdemokraten aus ganz selbstsüchtigen Motiven handeln, wenn sie den berechtigten Organisationsbestrebungen des **Mittelstandes** heftigen Widerstand entgegensetzen. Beide politische Richtungen haben ein ausgeprägtes Interesse daran, daß der Mittelstand eine zersplitterte Masse bleibt, die, ohne Kenntnis ihrer wirtschaftlichen Interessen, sich auch fernerhin von mittelstandsfeindlichen politischen Gruppen am Narrenseile führen läßt. Diese Parteien fürchten nicht etwa, daß die Innungen und wirtschaftlichen Korporationen Politik treiben und ihren eigentlichen Aufgaben entfremdet werden könnten, sondern sie haben Angst, daß ein festorganisierter Mittelstand es gewissen politischen Gruppen unmöglich machen könnte, die liebgewordene politische Rolle in den wirtschaftlichen Organisationen der mittelständischen Berufe in Zukunft weiter zu spielen. Eine ganz andere Stellung wie die eben genannten politischen Richtungen nimmt die **konservative Partei** zu den Organisationsbestrebungen der verschiedenen Berufs- und Gesellschaftsschichten ein. Sie macht kein Hehl daraus, daß sie die Organisation der rechtschaffenen Erwerbsstände zur Vertretung berechtigter Berufs- und Standes-Interessen für eine im Gange der natürlichen Entwicklung begründete Erscheinung ansieht. Stets hat sie es beklagt, daß der Liberalismus in der Zeit, in der er die Gemüter noch beherrschte, absolut kein Verständnis für die Bedingungen des organischen Lebens bewiesen hat, daß er glaubte, die geschichtliche Entwicklung auf politischem und sozialem Gebiet einfach abschneiden und das Leben zwingen zu können, sich dem weltfremden, mit der Praxis in unversöhnlichem Widerspruch stehenden Gedankengängen des Liberalismus anzupassen. Seine politische und wirtschaftliche Weisheit bestand in der Hauptsache darin, alle organischen Zusammenhänge zu zerstören und das Lebensgesetz des Staates in einem mechanischen Zusammenreihen der in freie und gleiche Einzelwesen aufgelösten Gesellschaft zu suchen. Gewiß hat der Liberalismus auf diese Weise manche inhaltslos gewordene Form zerschlagen und manche unbequeme Fessel gelöst, aber er hat es seines negativen Wesens wegen nicht verstanden, die gelösten Kräfte in eine höhere Verbindung einzuführen. Auf diese Weise ging dem öffentlichen Leben der verbindende Halt verloren. Die einzelnen Berufsstände büßten die Fähigkeit ein, gemeinsame Interessen gemeinsam zu verfolgen. Mit dem Schwinden des Standesbewußtseins wurde auch das Interesse an gemeinnützigem Handeln schwächer, während der Eigennutz auf allen Gebieten in den Vordergrund trat und den rücksichtslosen Kampf aller gegen alle entfesselte. Der Zwiespalt im bürgerlichen Lager kam den gut organisierten Feinden der bestehenden Ordnung zugute, die in geschlossenen Heerhaufen die bürgerlichen Elemente angriffen und vielfach überwältigten. Die konservative Partei begrüßt es deshalb, daß die auflösende Richtung, deren Träger der Liberalismus war, auch in ordnungsparteilichen Kreisen jeden Boden verliert. Sie hat es deshalb den Landwirten und Industriellen nicht verübelt, als sie sich organisierten, und so gönnt sie es auch jetzt dem gewerblichen Mittelstande von Herzen, daß seine neuerlichen Organisationsbestrebungen von Erfolg begleitet sind. Wie es eine unbedingte Notwendigkeit war, daß den festgeschlossenen und starken Interessenverbänden der Industrie-Arbeiterschaft Arbeitgeberverbände gegenübertraten, so ist es auch ein dringendes Erforderniß, daß der Mittelstand sich eine Organisation schafft, die befähigt ist, seine wirtschaftlichen Interessen im Staatsleben zur Geltung zu bringen. Denn kein anderer Stand wird so von gemeinsamen Gefahren bedroht, wie derjenige der **mittelständlichen Erwerbszweige**. Auf der einen Seite drückt auf ihn das Großkapital in bedenklicher Weise und auf der anderen Seite wird er gestoßen und geschlagen von den kommunistisch gesinnten unbotmäßigen Arbeitermassen. Wir begrüßen es deshalb, daß der Gedanke der Organisation Fortschritte macht, weil dadurch die Möglichkeit gegeben wird, daß das gestörte Gleichgewicht der Kräfte in unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vielleicht wieder hergestellt werden kann. In dem **Streben nach Organisation** erblicken wir eine Wiedergeburt des genossenschaftlichen Geistes, der so lange mächtig in Deutschland war, als es ein kräftiges deutsches Volksleben gab. Die vom Liberalismus vernichteten Korporationen erstehen wieder in veränderter, zeitgemäßer Form; gerade dort, wo der Liberalismus den Faden durchschnitt, knüpft die soziale und wirtschaftliche Entwicklung wieder an, damit die Richtigkeit des konservativen Gedankenganges beweisend, daß aller Fortschritt organisch an das geschichtlich Gewordene anknüpfen muß. Diese grundsätzliche Stellung der Konservativen zu den zeitgemäßen Organisationsbestrebungen läßt es erklärlich erscheinen, daß die konservative Partei es nicht notwendig hat, in die wehleidigen, neurasthenischen Klagen anderer Parteien über das Vordrängen der Interessen und das angebliche Schwinden der Ideale mit einzustimmen. Die konservative Weltanschauung entspricht so sehr den Bedürfnissen des Lebens, daß sie durch die Geltendmachung berechtigter Berufs- und Standes-Interessen in der Oeffentlichkeit in keiner Weise beeinträchtigt wird. Der **Konservatismus** als **Weltanschauung** ist auf keine bestimmte Gesellschaftsschicht und auf keinen bestimmten Berufsstand beschränkt. Er verträgt sich mit der Industrie und mit der Landwirtschaft, mit dem Handwerk und mit dem Handel, kurz gesagt, mit aller ehrlichen Arbeit in Stadt und Land, die dazu dient, das allgemeine Wohl zu fördern. Er besitzt diese ungeheure Lebenskraft, weil er als stärkste Stütze der Staatsautorität das allen Berufen und Klassen gemeinsame Interesse, das Interesse des allgemeinen Staatsbürgertums unter allen Umständen verteidigt. In einem **industriellen Lande**, in dem die revolutionären Arbeitermassen keine Unterordnung mehr kennen und die Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung zu zerstören suchen, muß jeder Berufsstand, dem an einer ruhigen und gesicherten Entwicklung gelegen ist, konservative Gesinnung betätigen. Mit liberalen Anschauungen ist hier nichts anzufangen. — Und nun zum Schluß noch eins: Es ist die Befürchtung geäußert worden, die Mittelstands-Vereinigung könne durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden, den neutralen wirtschaftlichen Boden zu verlassen und aktiv in den politischen Kampf als Mittelstandspartei einzugreifen. Diese Sorge teilen wir nicht. Die Organisation des Mittelstandes mit ihren nach Berufszweigen gegliederten Arbeits-Sektionen ist lediglich auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der verschiedenen Mittelstandsgruppen zugeschnitten. Das Hineintragen politischer Streitfragen in die Mittelstands-Vereinigung müßte wie eine Sprengpatrone wirken, da die Einigkeit in wirtschaftlichen Dingen noch lange nicht die Uebereinstimmung in politischen Fragen zur Voraussetzung hat. Die verschiedenen Mittelstands-Gruppen können ein Herz und eine Seele sein über Maßregeln zur Bekämpfung der Warenhäuser und Konsumvereine, über die Regelung des Ausverkaufswesens und der Eindämmung des unlauteren Wettbewerbs, über Ordnung des Submissionswesens und der lokalen Fürsorge der Behörden für den Mittelstand, über Sicherung der Bauforderungen und über Mittel und Wege, den gefährdeten Hausbesitzerstand wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen ꝛc. Aber über die Verteilung der staatsbürgerlichen Rechte, über Freiheit und Zwang, sowie über alle übrigen politischen Fragen, die dem Einflusse der stabilen Berufs-Interessen entrückt sind, fehlt für sämtliche mittelständischen Berufszweige jeder zuverlässige Einigungspunkt. Auf diesem Gebiete läßt kein selbstbewußter Mann sich Vorschriften von einer wirtschaftlichen Vereinigung machen. Das wissen auch die führenden Personen der Mittelstands-Vereinigung. Deshalb ist in den Statuten dieser Körperschaft die Verfolgung rein politischer Ziele verboten, deshalb hat auch der Vorstand der Vereinigung wiederholt öffentlich erklärt, daß **politische Parteibestrebungen innerhalb der Organisation aufs strengste verpönt** sind. Auch der Sächsische Innungsverband hat herausgefühlt, daß die Interessen des Mittelstandes nur dann mit Erfolg wahrgenommen werden können, wenn die Mittelstands-Vereinigung sich auf die Vertretung wirtschaftlicher Interessen beschränkt. Unter dieser Voraussetzung hat der Verband mit 119 gegen 1 Stimme den Beschluß gefaßt, den Innungen den korporativen Anschluß an die Mittelstands-Vereinigung im Königreich Sachsen zu empfehlen. Diese Entscheidung wird man überall nur billigen können und wir glauben, daß auch die Mittelstands-Vereinigung selber damit zufrieden sein kann, da sie nach ihren eigenen Erklärungen eine politische Partei **nicht** sein will, noch sein kann. Die fast einstimmig gefaßte Resolution des Sächsischen Innungsverbandes dürfte aber geeignet sein, alle jene liberalen Politiker nachdenklich zu stimmen, die durch Terrorismus und Verdächtigung der Innungen bei der Regierung den sächsischen Handwerkerstand glaubten einschüchtern zu können.

— **Spiel und Wetten im neuen Reichsstempelgesetz.** Die Ausführungsbestimmungen zum neuen Reichsstempelgesetze widmen Spiel und Wetten einen besonderen Abschnitt. Darnach sind behufs Berechnung der Abgabe von **Lotterielosen** alle für den Erwerb eines Loses an den Unternehmer oder dessen Beauftragte zu leistenden Zahlungen zum Preise des Loses zu rechnen, insbesondere auch die sogenannten Schreibgebühren, Kollektionsgebühren u. a. m. Bei Privatlotterien gehört hierher auch der dem Käufer etwa gesondert in Rechnung gestellte Betrag der Stempelabgabe. Um bei inländischen Privatlotterien die Versteuerung des auf die Reichsstempelabgabe entfallenden Betrages auszuschließen, sind bei Berechnung der zu entrichtenden Abgabe nur fünf Sechstel des Gesamtpreises zu Grunde zu legen. Bei inländischen Losen wird mit der vorgedachten Maßnahme die Stempelabgabe nach dem planmäßigen Preise sämtlicher Lose oder Ausweise berechnet, und zwar in der Art, daß ein bei Berechnung der Gesamtabgabe sich ergebender Betrag von weniger als 5 Pfennigen außer Ansatz bleibt, höhere Pfennigbeträge aber nur, soweit sie durch fünf ohne Rest teilbar sind, unter Weglassung der überschießenden Pfennige erhoben werden. Bei ausländischen Losen beträgt die Abgabe 25 vom Hundert vom Preise der einzelnen Lose in Abstufungen von einer Mark für je vier Mark oder einem Bruchteil dieses Betrages. Bei Ausspielungen mit Gewinnziehungen nach Klassen (Klassenlotterien) ist die Stempelabgabe für solche Lose, welche zu einer der folgenden Klassen nicht rechtzeitig erneuert werden und somit verfallen, von dem Gesamtpreise der Lose, einschließlich des für die Vorklassen planmäßig zu zahlenden Preises, zu berechnen und einzuziehen. Wer im Bundesgebiete Lotterien oder Ausspielungen veranstalten will, bei welchen der Gesamtpreis der Lose die Summe von 100 Mark übersteigt, hat der zuständigen Steuerbehörde spätestens am dreißigsten Tage nach dem Empfange der obrigkeitlichen Erlaubnis schriftlich anzumelden: Namen, Gewerbe und Wohnung des Unternehmers, die planmäßige Anzahl (die Nummern) und den planmäßigen Preis der Lose, den Zeitpunkt, von welchem ab mit dem Vertriebe der Lose begonnen werden soll, die Gegenstände, die Zeit und den Ort der Ausspielung, die Namen und Wohnungen der unmittelbar von dem